

## **Die Wiedervereinigung und die westdeutschen Wendehälse**

Zum zwanzigsten Jahrestag der Wiedervereinigung feiert die politische Kaste in Deutschland sich selbst. Ihr geistig politischer Substanzabbau und ihre fortschreitende inquisitorische Meinungsdictatur erreicht die Dimensionen zu „DDR-Blütezeiten“.

Von Marie Ringel

Als Wendehälse bezeichnete man jene Spezies von Polit-Aktivisten, die nach dem Zusammenbruch der DDR die Gunst der Stunde nutzten, um oben zu bleiben. Sie kamen aus den Blockparteien oder aus der zweiten Reihe der SED. Sie mussten gar nicht viel tun – nur auf die frisch gesattelten Pferde umsteigen – die von den westdeutschen Staatslenkern und Parteiliten bereitgestellt wurden. Doch um sie soll es hier nicht gehen! Es gab sie auch im Westen, diese Wendehälse. Aber über sie redet und schreibt man nicht, weder in West- noch in Mitteldeutschland. Es käme einem Sakrileg gleich.

Der größte der westdeutschen Wendehälse war sicherlich Willi Brandt. Noch im Sommer 1989, als es in der DDR bereits bedenklich grummelte, bezeichnete er die Wiedervereinigung als die Lebenslüge der Nation, um wenige Wochen danach mit Empathie zu erklären, dass „zusammenwächst, was zusammengehört“. Auch Helmut Kohl, der damalige BRD-Kanzler, fühlte sich zunächst wie die „schwängere Jungfer, die nicht wusste, wie sie zu dem Kind kam“, ehe er die Gunst der Stunde nutzte, die nicht mehr abzuwendende Wiedervereinigung zum Motto seiner Wiederwahl im bevorstehenden Bundestagswahlkampf zu machen. Dass sein Widerpart, der damalige SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine, sich am hartnäckigsten und längsten gegen die Wiedervereinigung aussprach, kam Kohl gerade zu pass. Sie alle hatten mit einem nicht gerechnet, mit der nachhaltigen Kraft eines friedlichen Volksaufstandes der Deutschen in der DDR.

Heute, zwanzig Jahre danach, lässt sich Kohl als Kanzler der Einheit feiern und keiner steht auf und sagt, wie es wirklich war. Nun ist man gar verärgert, dass Kohl immer noch nicht den Friedensnobelpreis für sein Tun bekommen hat. Sie alle – die politischen und intellektuellen Eliten und die Meinungsmacher der BRD-Medien – waren auf die Wiedervereinigung nicht vorbereitet, weswegen die Wiedervereinigung auch zu einem Anschluss missriet, dessen Wundschäden bis heute noch nicht verheilt sind. Die gleichen Personen, die heute im Glanz des Jahrestages sich selbst feiern, waren in den Jahrzehnten zuvor die ärgsten Scharfmacher, wenn es darum ging, jene Deutschen als Neonazis und „ewig Gestrige“ zu brandmarken und auszugrenzen, die sich nahezu über ein halbes Jahrhundert lang offen zum Ziel der Wiedervereinigung bekannten.

Der Zusammenbruch des Sowjetimperiums war unaufhaltbar, weil die kommunistische Planwirtschaft im Wettbewerb der Systeme immer weiter zurückgefallen war. Sie konnte auf Dauer mit den Produktivitätssteigerungen und dem technischen Fortschritt des Marktsystems nicht Schritt halten. Dass dieser Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten war, das wusste man in den Regierungsetagen bei den ehemaligen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges im Westen nur allzu genau! Und jetzt mussten sie Farbe bekennen, wie ernst sie es wirklich meinten, als sie in der Zeit des Kalten Kriegs „ihren Deutschen“ in der BRD versprochen hatten, sich für die Wiedervereinigung einzusetzen. Wie dieser Einsatz in Wirklichkeit ausschaute, ist heute allgemein bekannt und dokumentiert:

Mitte September 1989, also sechs Wochen vor dem Mauerfall, war Englands Premierministerin eigens nach Moskau gereist, um dem Kreml-Chef Gorbatschow zu erklären: „*Ich*

*bin entschieden gegen ein vereinigtes Deutschland“*, worauf Gorbatschow erwiderte, dass er die deutsche Einheit *„genauso wenig wolle, wie die Briten“*<sup>1</sup>. Beim EG-Gipfel im Dezember 1989 trafen sich Margret Thatcher und Frankreichs Präsident Francois Mitterrand (*„Europa ist nicht reif für eine Wiedervereinigung“*<sup>2</sup>) klammheimlich, um ihr Vorgehen gegen die drohende Wiedervereinigung miteinander abzustimmen. Dort hat sie auch die Beherrschung verloren und die Motive der englischen Politik und Diplomatie im letzten Jahrhundert kundgetan: *„Zweimal haben wir die Deutschen geschlagen! Jetzt sind sie wieder da!“*<sup>3</sup>. Doch der Wille der Deutschen in Leipzig, Dresden und Magdeburg war stärker als alle Intrigen der Nato-Verbündeten. Sie wollten, dass Deutschland wieder ein einig Vaterland würde. Ihnen verdanken wir die Wiedervereinigung, die unsere „befreundeten Westmächte“ nach der Auflösung der Sowjetunion nur mit militärischen Mitteln hätten aufhalten können.

Das war die Wirklichkeit der Jahre 1989 und 1990. Das wusste auch ein Kanzler Kohl. Und was machte er daraus? Anstatt einer Ernüchterung über die Verlogenheit der „befreundeten Wirtschafts- und Militärpartner“ überkam ihn die Angst, Deutschland könnte die Gunst und Freundschaft dieser „Freunde“ verlieren, womit sie ihm tatsächlich gedroht hatten: Mitterrand stellte die Bedingungen, unter denen er eine Wiedervereinigung befürworten würde – die zu verhindern gar nicht in seiner Macht stand! Ganz offen sagte er, **Deutschland könne ansonsten „in Europa bald so isoliert dastehen wie 1913 vor dem Ersten Weltkrieg“**<sup>4</sup>. Damals war das Kaiserreich von einer englisch-französisch-russischen Allianz eingekreist worden. Doch auch die Amerikaner stellten ihre Bedingungen. Die wichtigste war, dass Deutschland nicht neutral werden dürfe, sondern Mitglied der Nato bleiben müsse. Sie hofften wohl, dass die Sowjetunion dem nie zustimmen und so eine Wiedervereinigung verhindert würde. Doch sie hatten noch nicht verinnerlicht, dass dies eine politische und ökonomische Macht voraussetzte, die aber mit der Sowjetunion von heute auf morgen implodiert war. Damals waren nicht einmal 20 Prozent der Westdeutschen für den Verbleib eines wiedervereinigten Deutschlands bei der Nato<sup>5</sup>. Was wäre den Deutschen erspart geblieben – allein im Afghanistan-Krieg – wenn damals der Wille des Souveräns, des Volkes also, befolgt worden wäre und nicht der imperiale Wille der US-Weltmacht, dem sich ein dienstbarer Kanzler willig unterwarf.

Doch zurück zu unseren europäischen Freunden. Was waren die Bedingungen von Francois Mitterrand? Die Aufgabe elementarer Souveränitätsrechte durch eine verstärkte Einbindung in die EG (später EU) und die Aufgabe der eigenen Währung! Hartnäckig leugnen die Täter (Helmut Kohl, Wolfgang Schäuble und Theo Waigel) diese Tatsachen heute noch, obwohl sie durch zahlreiche Dokumente und Bekenntnisse belegt sind.<sup>6</sup> So zitiert „Der Spiegel“ aus einem als „geheime Verschlussache“ deklarierten Protokoll den französischen Ministerpräsidenten: „Deutschland kann nur dann auf die Wiedervereinigung hoffen, wenn es in einer starken Gemeinschaft steht“. Und: „wenn Deutschland sich, um die DDR vergrößert, im europäischen Gesamtverband bewegt, wird es in der Europäischen Gemeinschaft Freunde haben“, sagt Mitterrand, „sonst nur Partner mit eigenen Re-

---

<sup>1</sup> Der Spiegel 2010, Nr.39, Seite 40.

<sup>2</sup> Der Spiegel, ebenda.

<sup>3</sup> Ebenda, Seite 45.

<sup>4</sup> Ebenda, Seite 36.

<sup>5</sup> Ebenda, Seite 47

<sup>6</sup> Z.B. in „Der Spiegel“ 2010, Nr.39, Seite 34-38.

flexen." Und so kamen denn auch die Maastricht-Verträge zur Einführung des Euro zustande. Nachdem sie im Februar 1992 unterschrieben waren, berichtet der damalige Außenminister Genscher, dass er eine große Genugtuung empfinde, denn „für mich symbolisierte dieser Akt die Einlösung meiner im deutschen Vereinigungsprozess gegebenen Zusagen".<sup>7</sup>

Anlässlich des gemeinsamen Festaktes der Wendehälsa in Ost und West am 03.10. 2010 warteten die Deutschen gespannt, was ihnen der von den Parteien neu gewählte Bundespräsident Christian Wulff zu sagen habe. Der Themen hätte es genug gegeben, die Sorgen und Ängste der Deutschen anzusprechen: Die aus der Globalisierung entstandene Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise, die uns zwei Millionen Langzeitarbeitslose und sechseinhalb Millionen Hartz IV-Empfänger hinterlässt; die Frage, wie es mit der EU und dem Euro-Abenteuer weitergehen soll; die Zukunftssorgen durch Überalterung und Überfremdung mit Menschen, die am Wohlstand und dem sozialen Sicherheitssystem in Deutschland teilhaben wollen, ohne die äquivalenten Leistungen zu erbringen. Eine Zuwanderung, die wir den Regierungen aller Parteien verdanken. Hatte nicht die Sarrazin-Debatte gezeigt, dass da zwischen der großen Mehrheit des Volkes und den sie beherrschenden Polit- und Partieliten in der Frage der Zuwanderung große Gegensätze bestehen? Wäre es nicht eine wichtige Aufgabe des Bundespräsidenten gewesen, den Anstoß zu geben, diese Kluft zu überwinden?

Doch was konnte man von einem mit 19 Jahren in die Politik gegangenen und über unzählige Parteifunktionen in Amt und Würden gekommenen Bundespräsidenten erwarten? Ist sein politischer Werdegang nicht der Garant für die verengte Sicht eines mit „Scheuklappen“ ausgebildeten Berufspolitikers, von denen es immer mehr gibt? Sie entfremden sich dem Volk immer mehr! Und so kam es auch. Christian Wulff vermochte es nicht, sich von den Scheuklappen zu befreien. Er begreift sein Amt als Fortsetzung der von ihm selbst favorisierten Zuwanderungspolitik, die er als Niedersächsischer Ministerpräsident forciert hatte, für die er und seines gleichen aber keine rationale Begründung haben. In der Sarrazin-Affäre war er „Partei in eigener Sache“, dabei hätte er erkennen müssen, dass das Volk – das er als Bundespräsident in einem demokratisch verfassten Staat repräsentiert – mit großer Mehrheit hinter Sarrazin steht. Er hätte auch erkennen müssen, dass die politischen Eliten sich immer weiter vom Volk isolieren, wenn sie einen Mann wie Sarrazin in offener Hexenjagd ausgrenzen und aus dem Amt jagen, ihn gleichsam „entsorgen“, wie es Berthold Kohler von der FAZ so schön formuliert hat. Doch was hatte der Bundespräsident dem Volk in der Sache zu sagen?:

Sein Kerngedanke gipfelte in der Behauptung, *„Deutschland lebe von Vielfalt, von unterschiedlichen Lebensentwürfen, von Aufgeschlossenheit für neue Ideen.“* Wobei er mit den neuen Ideen offensichtlich den Islam meinte, *der „ein Teil Deutschlands“ sei, denn „so wie das Christentum und das Judentum zweifelsfrei zu Deutschland gehören – das ist unsere christlich-jüdische Geschichte – so gehöre inzwischen auch der Islam zu Deutschland.“*

Dieser Bundespräsident würde sich wundern, welche Kultur und Zivilisation heute das Leben in Europa und Deutschland bestimmen würde, wenn es Karl Martell, dem zum Christentum bekehrten Führer der Franken, im Jahre 732 nicht gelungen wäre, bei Tours und Portier die vom Islam fanatisierten Araber zurückzuschlagen. Es war ein Verteidigungssieg, den das Heilige Römische Reich Deutscher Nation in den Jahren 1529 und 1683 gegen die bis nach Wien vorgedrungenen Türken wiederholte. Es dürfte wohl

---

<sup>7</sup> Der Spiegel, Seite 38.

„zweifelsfrei“ feststehen, dass die Europäer und die Deutschen unter den Knebelungen des Islam nie die geistigen, kulturellen und technisch- wissenschaftlichen Hochleistungen erzielt hätten, denen die westliche Welt ihren heutigen Rang in der Welt und den damit verbundenen Wohlstand verdankt. Vielleicht würde unser Bundespräsident heute in Pluderhosen herumhüpfen und der Scharia anhängen und sich mit dem Lebensstandard eines anatolischen Ziegenhirten begnügen müssen. „Zweifelsfrei“ lagen die Wurzeln der kulturellen und technischen Entwicklung in Deutschland und Europa in der antiken Welt Griechenlands und Roms, in der unverdorbenen Kraft der keltischen, germanischen und slawischen Völker und im Christentum, das zwar in Israel entstanden ist, aber mit dem Judentum des Alten Testamentes wenig gemein hat.

Dieser Bundespräsident kümmert sich nicht um die historischen Fakten, die den Bildungshorizont eines im Jahre 1959 geborenen Deutschen Akademikers (Jurist) übersteigen mögen. Zu den von ihm ignorierten Fakten gehört „zweifelsfrei“ auch die Tatsache, dass die Zuwanderung von Muslimen für Deutschland im Nettoeffekt keine ökonomischen Vorteile, sondern Nachteile bringt. Er, der Bundespräsident, kümmert sich nicht um die Ängste der Bevölkerungsmehrheit der ursprünglichen Deutschen. Er sorgt sich, dass die aus freiem Willen hier zugezogen Menschen nicht benachteiligt und diskriminiert werden. Das ist nicht normal!

Die Frage, wer diesen ökonomisch nutzlosen Zuzug eigentlich wünschte und förderte, stellt sich ihm nicht. Vernünftige Gründe dafür gibt es nicht. Dem deutschen Volk und den anderen Völkern Europas wird das mit fortschreitender Zeit immer klarer werden. Die politische Klasse – nicht das Volk – kürte diesen Mann zum Präsidenten der Deutschen. Doch der Präsident und die gesellschaftlichen Eliten entfernen sich immer mehr vom Volk.

Es wird Zeit, dass sie abgelöst werden.

[www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de)

15.10.2010